

Pressedienst Nr. 16413
Dienstag, 15. November 2022

Glyphosat: EU-Mitgliedstaaten verfehlen Mehrheit für Zulassungsverlängerung	1
Einigung über EU-Budget für 2023 erzielt	1
EU-Schlachtrindermarkt: Preisdruck bei weiblichen Tieren steigt	2
Junge Landwirtschaft Österreich: 25 Jugendliche schließen EDUCA-Programm ab	2
Pernkopf fordert: Regierung soll Verkauf von Borealis-Düngersparte kippen	3

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Glyphosat: EU-Mitgliedstaaten verfehlen Mehrheit für Zulassungsverlängerung

Entscheidung liegt nun bei Kommission

Brüssel, 15. November 2022 (aiz.info). - In der Abstimmung über eine Zulassungsverlängerung von Glyphosat um ein weiteres Jahr haben die EU-Mitgliedstaaten im ständigen Ausschuss heute keine qualifizierte Einigung erzielt. Nun kann die EU-Kommission von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch machen und die Zulassung, die am 15. Dezember 2022 ausläuft, dennoch verlängern. Hintergrund ist, dass die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ihre abschließende Neubewertung von Glyphosat auf voraussichtlich Juli 2023 verschoben hat. Daraufhin schlug die EU-Kommission eine einjährige Verlängerung vor. "Das Ergebnis heute ist nicht das, was wir erhofft hatten. Jetzt ist die Kommission am Zug. Die Verlängerung von Glyphosat für ein weiteres Jahr wäre ein wichtiges Signal für die europäischen Landwirtinnen und Landwirte gewesen", sagt **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament.

Die EU-Kommission sei nun aufgefordert, im Sinne ihrer eigenen Behörden zu entscheiden und sich nicht gegen deren Empfehlungen zu stemmen. "Die Europäische Chemikalienagentur - ECHA - hat im Rahmen der neuen Risikobewertung bereits Ende Mai dieses Jahres klargestellt, dass die Einstufung von Glyphosat als krebserregend 'nicht gerechtfertigt' ist. Damit bestätigte die EU-Behörde in Helsinki ihre Einschätzung aus dem Jahr 2017, die zur Wiedezulassung von Glyphosat für fünf weitere Jahre beigetragen hatte", betont Bernhuber.

Bis Mitte Dezember muss nun die Europäische Kommission über das heutige Ergebnis des ständigen Ausschusses der Kommission für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (SCoPAFF) entscheiden. (Schluss)

Einigung über EU-Budget für 2023 erzielt

Mittel sollen Agrar- und Nahrungsmittelsektor widerstandsfähiger machen

Brüssel, 15. November 2022 (aiz.info). - Über den EU-Haushaltsplan für das Jahr 2023 haben sich das Europaparlament, die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission geeinigt. Darin sind 53,6 Mrd. Euro für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und 1,1 Mrd. Euro für den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds vorgesehen. Davon entfallen 40,6 Mrd. Euro auf die Direktzahlungen und die EU-Marktordnung. Die Mittel sollen neben der Unterstützung von europäischen Landwirten und Fischern den Agrar- und Nahrungsmittelsektor widerstandsfähiger machen sowie den notwendigen Spielraum für das Krisenmanagement schaffen, betont die EU-Kommission.

Für den gesamten EU-Haushalt 2023 sieht die Einigung Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 186,6 Mrd. Euro und Mittel für Zahlungen in Höhe von 168,7 Mrd. Euro vor. Damit könnten auch "erhebliche" Beträge zur Unterstützung der Ukraine sowie die von den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs betroffenen Nachbarländer und EU-Mitgliedstaaten mobilisiert werden. Darüber hinaus soll der Haushaltsplan zur nachhaltigen Erholung von der Coronavirus-Pandemie beitragen und Investitionen in ein grüneres, stärker digitalisiertes und widerstandsfähigeres Europa in Gang setzen.

"Mit dem vereinbarten Haushalt werden Mittel dorthin gelenkt, wo sie am meisten bewirken können. Dabei wird dem dringendsten Aufbaubedarf der EU-Mitgliedstaaten und unserer Partner weltweit Rechnung getragen", betont die EU-Kommission. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Preisdruck bei weiblichen Tieren steigt

Österreich: Exportsituation bei Schlachtkühen angespannt

Wien, 15. November 2022 (aiz.info). - Nach einer längeren stabilen Marktlage bei Schlachtrindern nimmt der Preisdruck nun etwas zu, vor allem bei den weiblichen Schlachttieren. In Deutschland liegt nach wie vor ein überschaubares Angebot bei männlichen Tieren vor. Die Schlachtunternehmen klagen zugleich über die Preissituation, jedoch werden Forderungen für Abschläge nicht akzeptiert. Die Situation im Handel von Schlachtkühen zeigt sich etwas anders. Das um diese Jahreszeit übliche steigende Angebot steht einer rückläufigen Nachfrage gegenüber. Nach Druck von der Abnehmerseite kommt es zu einer Preisreduktion, berichtet die Rinderbörse.

In Österreich normalisiert sich das Angebot bei Jungstieren und steht einer stabilen Nachfragesituation seitens des Lebensmitteleinzelhandels gegenüber. Die Impulse für das bevorstehende Weihnachtsgeschäft sind noch etwas verhalten, die weitere Marktentwicklung ist schwer zu prognostizieren. Die Preise für die aktuelle Woche notieren gleich zur Vorwoche. Anders stellt sich das Geschäft bei den Schlachtkühen dar. Das steigende Angebot trifft aufgrund der Jahreszeit auf eine schwierige Exportsituation. Vor allem bei Verarbeitungsfleisch sind die Notierungen europaweit unter Druck. Bei Redaktionsschluss konnte noch nicht mit allen Marktteilnehmern eine Preiseinigung erzielt werden. Bei Schlachtkälbern herrscht ein ausgeglichener Markt - hier notieren die Preise gleich zur Vorwoche.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem stabilen Preis von 4,72 Euro/kg Schlachtgewicht, für Kalbinnen werden erneut 4,16 Euro/kg erwartet. Auch die Notierung für Schlachtkälber bleibt mit 6,95 Euro/kg unverändert. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Junge Landwirtschaft Österreich: 25 Jugendliche schließen EDUCA-Programm ab

Aus- und Weiterbildung ist der Schlüssel zum Erfolg

Wien, 15. November 2022 (aiz.info). - Das Aus- und Weiterbildungsprogramm EDUCA mit zehn Modulen und insgesamt 160 Einheiten wurde von 25 Jugendlichen, die sich in den ländlichen Regionen engagieren, zwischen September 2021 und November 2022 erfolgreich absolviert. "Das EDUCA-Programm wurde entwickelt, um gezielt Jugendlichen mit Weitblick eine vielseitige und fundierte Aus- und Fortbildung zu ermöglichen. Wir sind überzeugt, dass Wissen der Schlüssel zum Erfolg für junge Landwirtinnen und Landwirte ist", gab der geschäftsführende Obmann der Jungen

Landwirtschaft Österreich, Martin Öhler, den Absolventen im Rahmen der Zertifikatsverleihung mit auf den Weg.

Breit gefächertes Know-how in relevanten Themenbereichen

"Gerade in Krisenzeiten und stetig wachsender Herausforderungen ist es wichtig, dass die jungen Bäuerinnen und Bauern, die am EDUCA-Programm teilnehmen, lernen, über sich hinauszuwachsen und sich ein breit gefächertes Know-how in relevanten Themenbereichen wie Kommunikation, Wirtschaft oder Interessensvertretung aneignen", ergänzte Öhler. Bei dem intensiven Aus- und Weiterbildungsprogramm lernen die Teilnehmer unter anderem auch Wissenswertes über das politische System in Österreich sowie Teambuilding und -entwicklung. Neben wichtigen Kernkompetenzen wie ländliche Entwicklung wird von den renommierten Vortragenden auch vermittelt, wie man in Interviews und Diskussionen souverän die eigenen Standpunkte vertritt. (Schluss)

Pernkopf fordert: Regierung soll Verkauf von Borealis-Düngersparte kippen

Verzögerung des Deals ist gute Nachricht - an Frankreich orientieren

Wien, 15. November 2022 (aiz.info). - Für Niederösterreichs Agrarlandesrat und Bauernbund-Obmann **Stephan Pernkopf** ist, so die APA kürzlich, die Nachricht, dass sich der Verkauf der Borealis-Düngersparte an den tschechischen Agrofert-Konzern verzögert, eine gute Neuigkeit. "Für mich ist der Deal in der geplanten Form geplatzt", meint Pernkopf, nachdem bekannt wurde, dass die Tschechen ihren Genehmigungsantrag für die Übernahme in Frankreich zurückgezogen und neu eingebracht haben.

Teil des Pakets sind nämlich auch drei Werke in Frankreich, für deren Übernahme durch die Tschechen auch grünes Licht vom Wirtschaftsministerium in Paris nötig ist. In Paris wollte man den Antrag aber nicht einfach durchwinken, sondern verlangt mehr Informationen - deshalb habe man den ursprünglichen Antrag zurückgezogen und einen neuen gestellt, bestätigte ein Agrofert-Sprecher der APA. Man gehe aber absolut von grünem Licht aus. Das Closing, das ursprünglich für November geplant war, werde nun im ersten Quartal 2023 erwartet.

Pernkopf: Bei Investitionsschutz an Frankreich orientieren

Pernkopf, der die Übernahme mit Engagement und juristischer Unterstützung bekämpft, spricht von einer "Blamage" für Agrofert, nach der sich "auch die österreichische Regierung nicht mehr wegduckern" könne. Er erwarte sich eine Kontaktaufnahme mit den französischen Behörden. "Unser Investitionsschutzgesetz ist völlig planlos", kritisierte er. "Das französische wirkt auch innerhalb der Europäischen Union, bei uns nur gegenüber Drittländern." Man sollte sich daher an Frankreich orientieren.

Er befürchte, dass die Düngemittel-Produktion und die Produktion des Kraftstoff-Zusatzes AdBlue zurückgefahren werden könnte, "wenn es Agrofert nicht in den Kram passt". Die Standort-Garantie des Agrofert-Konzerns des tschechischen Milliardärs und Ex-Premiers Andrej Babis sei nichts wert. Der Käufer sei "absolut unzuverlässig", so Pernkopf und verweist auf den Konflikt des Konzerns mit

der Regierung in Deutschland, wo die Produktion zurückgefahren worden sei. "Unsere Forderung ist ganz klar: Die österreichische AdBlue- und Düngemittel-Produktion muss rot-weiß-rot bleiben."

Landwirtschaft kommt nicht ohne Mineraldünger aus

"Weltweit werden wir ohne Mineraldünger nicht auskommen", so der Bauernvertreter. "In Niederösterreich wird 25% der Fläche biologisch bewirtschaftet, da reden wir dann von organischem Düngen. Etwa 70 bis 80% werden konventionell nach höchsten Umweltstandards bewirtschaftet." Weltweit werde in der Landwirtschaft wohl zu 95% Kunstdünger eingesetzt. (Schluss)